

Zeitschrift: Annuaire suisse de science politique = Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft
Herausgeber: Schweizerische Vereinigung für Politische Wissenschaft
Band: 19 (1979)

Artikel: Vom Kandidat zum Einwohnerrat : Untersuchungen zur repräsentativen Demokratie auf Gemeindeebene
Autor: Burger, Ruedi
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-172169>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 03.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

VOM KANDIDAT ZUM EINWOHNERRAT UNTERSUCHUNGEN ZUR REPRÄSENTATIVEN DEMOKRATIE AUF GEMEINDEEBENE

von Ruedi Burger

Dr. phil.,

Redaktor im Ressort Aussenpolitik von Radio DRS

Anhand der Einwohnerratswahlen in 7 Baselbieter (Wahljahre 1971 und 1975) und 15 Aargauer Gemeinden (1973/1977) sind verschiedene Aspekte von Wahlen auf kommunaler Ebene untersucht worden: Das verwendete Proporzsystem hat zur Folge, dass sich zahlreiche politische Organisationen mit möglichst vielen Kandidaten um Sitze bewerben. Unter den Kandidaten sind als Angehörige relevanter konfliktschwacher Gruppen insbesondere Frauen, jugendliche und ältere Personen sowie Mieter schlecht vertreten. Determinanten des Wahlerfolges sind erwartungsgemäss einzelne Variablen der politischen und sozialen Partizipation sowie der Integration ins Gemeindeleben. Ins Gewicht fällt aber auch die soziale Schicht und die Art der beruflichen Tätigkeit. Frauen und Jugendliche haben bessere Wahlchancen, als gemeinhin angenommen wird. In den gewählten Einwohnerräten sind die Angehörigen der meisten konfliktschwachen Gruppen noch schlechter vertreten als bereits unter den Kandidaten.

Sur la base des élections législatives dans sept communes de Bâle-Campagne (années d'élection 1971 et 1975) ainsi que dans 15 communes du canton d'Argovie (1973/1977), différents aspects des élections à l'échelon communal ont été analysés: le système proportionnel a comme conséquence qu'un grand nombre d'organisations politiques sollicitent des sièges pour un maximum de candidats. Parmi les candidats, les femmes, les jeunes, les personnes âgées et les locataires sont particulièrement mal représentés. Plusieurs variables de la participation politique et sociale ainsi que de l'intégration dans la vie communale sont déterminantes pour le succès électoral. Sont également déterminants la couche sociale ainsi que le caractère de l'activité professionnelle. Les femmes et les jeunes ont de meilleures chances de réussite qu'on ne le croit communément. Dans les conseils communaux (législatifs) élus, les membres des groupes mal organisés atteignent une représentation encore plus faible que parmi les candidats.

I. Problemstellung

Innerhalb der Politikwissenschaft nimmt die Wahlforschung aus verschiedenen Gründen eine dominierende Stellung ein.¹ Auch in der Schweiz ist die Disziplin „Wahlanalysen“ und das damit zusammenhängende Arbeitsfeld „Parlamentssoziologie“ relativ weit fortgeschritten.² Verhältnismässig selten sind allerdings Untersuchungen auf kommunaler (wie auch auf kantonaler) Ebene. Mit der vorliegenden Arbeit, ein Auszug aus einer umfassenderen Studie,³ wird versucht, einen Beitrag zur Wahlforschung auf der bisher wenig bearbeiteten Ebene der Gemeinde zu leisten.

Gegenstand der Untersuchung sind die Einwohnerratswahlen der Jahre 1971 und 1975 in den 7 parlamentarisch organisierten Gemeinden des Kantons Baselland und die Wahlen 1973 und 1977 in den 15 aargauischen Gemeinden mit einem Gemeindeparlament. In je einer Gemeinde dieser beiden Kantone (Birsfelden, Wahlen 1975 und Windisch, Wahlen 1973) wurden Daten durch eine mündliche Umfrage bei allen Einwohnerratskandidaten erhoben. Diese beiden Gemeinden wurden ausgewählt, weil sie im betreffenden Jahr den Einwohnerrat einführten⁴ und deshalb einige Aspekte der Wahlen (v. a. die Frage der Wahldeterminanten) besser untersucht werden konnten. Aus den weiteren 6 Baselbieter Einwohnerratsgemeinden konnten für das Wahljahr 1975 Daten über sämtliche Kandidaten benutzt werden, die von der „Vereinigung für Frauenrechte Baselland“ erhoben worden waren.⁵ Von diesen bisher aufgeführten Gemeinden und Wahljahren wurden im weiteren auch die amtlichen Wahlergebnisse verwendet, von den übrigen wurden als Datenquellen lediglich die amtlichen Wahlvorschläge beigezogen.

1 Vgl. dazu z. B. Kenneth Prewitt, *The Recruitment of Political Leaders: A Study of Citizen-Politicians*, Indianapolis / New York 1970, S. 13 f.

2 Insbesondere sind hier die Arbeiten zu erwähnen, die am Berner „Forschungszentrum für Schweizerische Politik“ entstanden sind. Z. B. Erich Gruner, Martin Daetwyler, Oscar Zosso, *Aufstellung und Auswahl der Kandidaten bei den Nationalratswahlen in der Schweiz*, Bern 1975.

3 Diese Arbeit ist als Dissertation im Rahmen eines vom Nationalfonds unterstützten Projektes entstanden. Die umfassende Untersuchung wird 1980 im Huber-Verlag Frauenfeld in der Reihe „Zürcher Beiträge zur Politikwissenschaft“ erscheinen.

4 Im Aargau führten 1974 neben Windisch vier weitere Gemeinden den Einwohnerrat ein. Windisch wurde für die Untersuchung ausgewählt, weil diese Gemeinde in bezug auf ihre sozio-demographische Struktur am ehesten als „typische“ grössere Aargauer Gemeinde gelten konnte.

5 Diese Daten sind von der „Vereinigung für Frauenrechte Baselland“ bereits zu einer Veröffentlichung verarbeitet worden: *Kandidatinnen, Kandidaten und ihre Wahlchancen, Baselbieter Einwohnerratswahlen 1975*, a. O., 1979. Der Verfasser möchte dieser Gruppe an dieser Stelle dafür danken, dass ihm der gesamte Datensatz zur Verfügung gestellt wurde.

Anhand dieses Datenmaterials wird im folgenden der Prozess studiert, wie aus der stimmberechtigten Bevölkerung jene wenigen Personen ausgesucht werden, die repräsentative Funktionen auf Gemeindeebene übernehmen. Ausgehend von einigen Überlegungen zu den Konsequenzen des schweizerischen Proporzsystems wird zunächst die Kandidatenaufstellung untersucht. Dann folgt eine Analyse der Determinanten des Wahlerfolges: welches sind persönliche Merkmale, die die Chancen eines Kandidaten auf ein gutes Wahlergebnis erhöhen? Im darauffolgenden Abschnitt werden schliesslich in Kürze einige Charakteristika gewählter Einwohnerräte zusammengestellt.

II. Die Kandidatenaufstellung

1. Konsequenzen des Proporzsystems

Dem Proporzsystem wird unter anderem vorgeworfen, dass es die Parteienzersplitterung fördere.⁶ Wenn – wie in den untersuchten Einwohnerratswahlen – 40–50 Mandate in einem einzigen Wahlkreis verteilt werden, genügen in der Tat etwa 3 Prozent der Stimmen, um einen Sitz zu erhalten. Derart gute Erfolgsaussichten veranlassen auch kleinere Parteien und parteiunabhängige Gruppen, sich an den Wahlen zu beteiligen. So ist in den untersuchten Wahlen ein Trend zur Parteienzersplitterung unverkennbar. Gemäss Tabelle 1 wurden im kantonalen Durchschnitt je Gemeinde zwischen 5.3 (Basel-Land 1971) und 7.5 Listen (Aargau 1973) eingereicht. In allen Gemeinden präsent waren die drei grossen Parteien FdP, SP und CVP sowie der Landesring. Bezüglich der übrigen Parteien bestehen kantonale Unterschiede. Während die SVP und EVP mit wenigen Ausnahmen in den aargauischen Gemeinden mitmachten, haben diese beiden Parteien in den Baselbieter Gemeinden – die mit der Ausnahme von Liestal als Vororte von Basel betrachtet werden können – offensichtlich mehr Mühe, sich zu organisieren. Umgekehrt haben hier Poch und PdA als Parteien links der SP einen grösseren Rückhalt. Nebst der im Vergleich mit kantonalen Wahlen relativ schwachen Beteiligung der Überfremdungsparteien auf Gemeindeebene ist an Tabelle 1 schliesslich noch die geringe Präsenz parteiunabhängiger Gruppen zu erwähnen. Mit Ausnahme der Wahlen im Aargau 1973 wurden nicht einmal in der Hälfte der Gemeinden von „freien Wählern“ oder ähnlich bezeichneten Gruppierungen Listen eingereicht.

Eine Folge der Beteiligung vieler Parteien ist das grosse Kandidatenangebot. Gemäss der Logik des Wahlsystems sind die Parteien bestrebt, möglichst viele Kandidaten zu nominieren: Zahlreiche Kandidaten bringen einerseits mehr

6 Vgl. z. B. Gerhard Leibholz, *Die Repräsentation in der Demokratie*, Berlin 1973 (Erstausgabe 1928), S. 114 f.

Tabelle 1: Listen und Kandidaten bei den Einwohnergatswahlen in Basel-Land 1971 und 1975 und im Aargau 1973 und 1977

Gemeinde	Listen				Kandidaten				Listen				Kandidaten					
	Total	FdP, SP CVP, LdU	SVpa) SVP	EVP	übrige Parteien	parti- unabh.	Total	davon weibl.	% weibl.	Total	FdP, SP CVP, LdU	SVP	EVP	übrige Parteien	parti- unabh.	Total	davon weibl.	% weibl.
Wahlen 1971	Allschwil	5	4			N	147	22	15	7	4			N, Pd, Po		159	27	17
	Binningen	4	4				130	23	18	5	4		1			137	21	15
	Birsfelden**									8	4		1	N	2	220	36	16
	Liestal	6	4	1	1		168	24	15	6	4	1	1			150	21	14
	Münchenstein	6	4			D	171	21	12	6	4			Po	1	113	18	16
	Pratteln	5	4	1			152	24	16	7	4	1		Pd, Po		126	21	17
	Reinach	6	4	1			170	35	21	6	4			L	1	181	33	18
	Total BL	32	24	3		2	938	149	16	45	28	2	3	8	4	1086	177	16
Wahlen 1973	Aarau*	9	4	1 ^{b)}	1	T	191	34	18	6	4	1 ^{b)}	1			148	36	24
	Aarburg	6	4		1		87	13	6	6	4	1	1			80	7	9
	Baden*	9	4	1	1	T, N/R	178	30	17	9	4	1	1	T, N	1	147	31	21
	Brugg*	7	4	1	1	T	125	13	10	6	4	1	1			116	15	13
	Buchs	7	4	1	1	J	147	19	13	7	4	1	1	J		129	14	11
	Lenzburg	6	4	1	1		110	22	20	6	4	1	1			124	24	19
	Neuenhof	6	4	1	1		79	5	6	6	4	1	1			98	19	19
	Obersiggenthal	6	4	1	1		109	21	19	7	4	1	1		1	88	17	19
	Ofringen*	8	4	1	1	N/R	138	18	13	8	4	1	1	N/R	1	121	16	13
	Spreitenbach	7	4	1	1	T	115	19	17	5	4	1	1			94	12	13
Wahlen 1975	Suhr	6	4	1	1		149	20	13	6	4	1	1			141	19	13
	Wettingen*	10	4	1	1	T, Pd	154	28	18	7	4	1	1	T		128	27	21
	Windisch	10	4	1	1	T, R, Ls	145	33	23	7	4	1	1	R		130	31	24
	Wohlen	9	4	1	1	T	131	15	11	8	4	1	1		2	94	14	15
	Zofingen	7	4	1	1		109	25	23	8	4	1	1	N/R	1	98	19	19
Total AG	113	60	14		13	12	1967	315	16	102	60	15	14	6	6	1736	301	17

* Einwohnerräte mit 50/Mitgliedern (übrige: 40)

** 1971 noch kein Einwohnerrat

a) SVP, BGB oder BGB/SVP

b) zusammen mit den Jungliberalen, 1973 auch mit den Handwerkern und Gewerbetreibenden

N Nationale Aktion

R Republikaner

N/R NA/Rep

D Demokratische Vereinigung

Pd PdA

Po Poch

L Liberale

J Jungliberale

T Team

Ls Lib. soz.

Parteiwähler und Panaschierstimmen,⁷ möglichst wenig unbesetzte Zeilen und vorkumulierte Kandidaten auf der Liste halten andererseits den Panaschierstimmenverlust in Grenzen. In dieser Situation bemühen sich die meisten Parteien um möglichst viele Kandidaten, grosse Parteien streben häufig vollständig besetzte Listen an. Zum Umfang des Kandidatenangebots kann ebenfalls Tabelle 1 herangezogen werden. Um die 40–50 Mandate bewarben sich zwischen 79 (Neuenhof 1973) und 220 Kandidaten (Birsfelden 1975). Für die Baselbieter Einwohnerratsgemeinden resultieren Mittelwerte von 156 (1971) bzw. 155 (1975) Bewerbern, in den aargauischen waren es deren 131 (1973) bzw. 116 (1977).

Während dieses umfangreiche Angebot an Bewerbern aus der Sicht des Wählers als „Kandidatenflut“ charakterisiert werden kann, sind die meisten Parteien von einem „Kandidatenmangel“ betroffen: Im Gegensatz zu Proporzwahlen auf kantonaler oder auf Bundesebene ist die Suche nach Kandidaten in den hier einbezogenen Gemeinden (keine hat über 20 000 Einwohner) schwierig. Auch grössere Parteien haben Mühe, genügend Bewerber für möglichst vollständig besetzte Listen zu finden.

2. Probleme der Kandidatensuche

Bei der Zusammenstellung provisorischer Kandidatenlisten sind die Parteien mit verschiedenen Problemen konfrontiert, drei davon werden im folgenden kurz besprochen.

1. Aus mannigfaltigen Gründen (z. B. kein Interesse an Politik, andere Einflussmöglichkeiten auf die Gemeindepolitik, angeblicher Zeitmangel) ist ein grosser Teil der Stimmbürger gar nicht zu einer Bewerbung bereit. Eine Befragung der Parteipräsidenten in Windisch und Birsfelden zeigte, dass insgesamt etwa knapp doppelt so viele Personen als mögliche Kandidaten angefragt worden waren, wie schliesslich auf den Listen präsentiert wurden. Zeitungsberichte aus anderen Gemeinden machen deutlich, dass es auch dort nur mit grossen Anstrengungen gelungen war, genügend Kandidaten zu rekrutieren.⁸ Mit Ausnahme der stärksten Parteien (meist FdP und SP) in einzelnen grösseren Gemeinden ist der Kandidatenmangel für alle Gruppen eine Realität. Allerdings ist fraglich, ob dies in vielen Fällen nicht auch als Folge einer mangelhaften Kandidatensuche zu betrachten ist: In Windisch und Birsfelden wurde deutlich, dass nur vereinzelt Parteien – vor allem kleinere, die vom Kandidatenmangel besonders stark betroffen waren – nennenswerte Anstrengungen unternahmen, um ihre Suche über

7 Vgl. Ruedi Burger, *Der Begriff der „ausserparteilichen Präferenz“. Zur Analyse des Panaschierstimmentausches unter den Parteien bei Proporzwahlen* (= Kleine Studien zur Politischen Wissenschaft, Nr. 64), Zürich 1975, S. 4.

8 Siehe die Abendausgaben der Nationalzeitung vom 7., 9., 11., 14., 15., 17., 18., und 19. November 1971.

einen bereits bekannten Sympathisantenkreis (dazu gehören nebst den Parteimitgliedern die Mitglieder befreundeter Vereine, für die SP z. B. die Arbeitervereine) hinaus auszudehnen. In einer phantasielosen Kandidatensuche liegt die Gefahr, dass von ihr nur Personen erfasst werden, die bereits in hohem Mass ins Gemeindeleben integriert sind (durch Partei, Verein, Kirche u. ä.) und andere, an sich partizipationswillige, nicht berücksichtigt werden.

2. Eine Kandidatenliste wird häufig danach bewertet, wie „repräsentativ“ sie ist. Gemeint ist damit in der Regel eine adäquate Vertretung beider Geschlechter, aller Altersgruppen, Berufe, Konfessionen usw. Hinter einer solchen Betrachtung steckt häufig ein statistisch-mathematischer Repräsentativitätsbegriff, der für die politische Praxis irrelevant ist, solange Kandidaten und Parlamentssitze nicht ausgelost werden.⁹ Die Repräsentativität einer Kandidatenliste und eines Parlamentes sollte vielmehr daran gemessen werden, wie gut Gruppen vertreten sind, die gemäss einer neueren Terminologie als „konfliktschwach“ oder „konfliktunfähig“ bezeichnet werden.¹⁰ In diesem Sinne wird die Zusammensetzung der Kandidatenlisten und gewählten Einwohnerräte vor allem auch im Hinblick auf den Anteil von Vertretern wichtiger konfliktschwacher Gruppen (Frauen, jugendliche und ältere Personen, Neuzuzüger und Mieter) untersucht.

3. Bei der Kandidatensuche stellt sich das Problem der Qualität in Frage kommender Personen. Nachdem heute nebst Bildung und Besitz eine weite Palette von Merkmalen (u. a. Berufswissen und politische Erfahrung) als Qualifikationsmerkmale gelten, ist das Problem als solches zu gross, um im Rahmen dieses Artikels behandelt werden zu können.

3. Das Sozialprofil der Kandidaten: einige ausgewählte Merkmale

a) Geschlecht

In allen Gemeinden, aus denen Zeitungsberichte oder andere Datenmaterialien vorliegen, zeigt es sich, dass Frauen auf den Listen der Parteien besonders erwünscht waren. Dennoch wird eine von der „Vereinigung für Frauenrechte Basel-land“ 1971 gestellte Forderung, die Parteien sollten einen Drittel ihrer Listen für Frauen reservieren,¹¹ nur von vereinzelten Gruppen erfüllt. Wie Tabelle 1 zeigt, kommt in den vier untersuchten Wahlen keine Gemeinde auch nur annähernd auf einen solchen Anteil. Mit einem Prozentsatz von je 24 Prozent waren die Frauen in Aarau und Windisch (Wahlen 1977) unter den Kandidaten am besten

⁹ Dazu Maurice Duverger, *Die politischen Parteien*, Tübingen 1959, S. 172 f.

¹⁰ Vgl. hierzu Mancur Olson, *Die Logik des kollektiven Handelns*, Tübingen 1968; und Claus Offe, *Strukturprobleme des kapitalistischen Staates*, Frankfurt a. M., 1973², S. 27–106.

¹¹ Nationalzeitung, Abendausgabe 23. 11. 1971.

vertreten. Im Durchschnitt der Gemeinden der beiden Kantone liegt dieser Anteil zwischen 16 und 17 Prozent, ist also erstaunlich gering. Als Erklärung dafür können zwei Gründe angeführt werden:

1. Frauen sind weniger partizipationsbereit als Männer. Auf seine Erfahrungen bei der Kandidatensuche angesprochen, meinte etwa ein Parteipräsident, er sei sich „wie ein Schürzenjäger“ vorgekommen.¹² Als Ursachen der geringeren Partizipationsbereitschaft der Frauen werden etwa die Angst vor der Öffentlichkeitsarbeit, die Inanspruchnahme durch Kinder sowie im Kanton Basel-Land die bei Verwandten und Ehepaaren gültige Ausschlussklausel im Gemeindegesetz genannt.¹³
2. Es lässt sich durch viele Beispiele belegen, dass weibliche Kandidaten oft mit einer Alibi-Rolle bedacht werden. Sie werden nominiert, damit die Partei gegenüber anderen nicht negativ auffällt. Ein gewisser Mindestanteil wird kaum je angestrebt, den meisten Parteien genügt die Kandidatur einiger weniger Frauen bereits.

b) Alter

Eine ähnliche Alibi-Funktion wie den Frauen kommt häufig auch den Jugendlichen zu. Es gibt kaum eine Partei, die sich nicht um einzelne Kandidaten im Alter zwischen 20 und 30 Jahren bemüht. Vielfach geht es aber einfach darum, das Durchschnittsalter der ganzen Kandidatengruppe mit solchen Bewerbern zu senken. Auch wenn kaum zu bestreiten ist, dass Jugendliche weniger partizipationsbereit sind als über 30jährige Personen, scheint der Anteil der 20–29jährigen erstaunlich gering. In allen berücksichtigten Gemeinden kommen mehr als 20 Prozent der Stimmberechtigten aus dieser Altersgruppe, dennoch waren gemäss Tabelle 2 bei den Wahlen 1975 in den Baselbieter Einwohnerratsgemeinden durchschnittlich nur gerade 12 Prozent der Kandidaten zwischen 20 und 29 Jahre alt; in der Gemeinde Windisch betrug der Anteil dieser Kandidaten 1973 15 Prozent. Die meisten Kandidaten gehören den Altersgruppen 30–39 und 40–49 Jahre an, der Altersdurchschnitt liegt zwischen 40 und 45 Jahren.

Gemessen an ihrem Anteil an den Stimmberechtigten sind auch die 60jährigen und älteren Personen klar untervertreten. In den aufgeführten Gemeinden sind zwischen 8 Prozent (Reinach) und 16 Prozent (Liestal) der Stimmbürger in der Altersgruppe 60–69 Jahre, unter den Kandidaten erreicht der Anteil der über 60jährigen Personen mit der Ausnahme von Binningen jedoch nie die 10 Prozent Grenze. Zum einen liegt der Grund dafür sicherlich darin, dass in dieser Altersgruppe physische Partizipationshemmungen (Gesundheit) bestehen. Zum andern sind aber auch psychische Barrieren vorhanden, indem das von der Umwelt

¹² Nationalzeitung, Abendausgabe, 18. 11. 1971

¹³ Durch § 10 des Gemeindegesetzes wird im Kanton Basel-Land eine gleichzeitige Einwohnerratsmitgliedschaft von Verwandten verschiedenen Grades sowie von Ehepartnern ausgeschlossen.

Tabelle 2: Kandidaten nach Altersgruppen

[illegible]

vermittelte Gefühl des „Altseins“ eine Kandidatur für ein politisches Amt als etwas Abwegiges erscheinen lässt. Zum beschriebenen Zustand trägt die Nominierungspraxis der Parteien das Ihre bei: Von den meisten werden bezüglich der Aufstellung älterer Kandidaten keinerlei Anstrengungen gemacht. So nahm sich etwa eine Partei gemäss der Auskunft ihres Präsidenten vor, „möglichst wenig Pensionierte“ auf ihre Liste zu nehmen, eine andere lehnte eine über 70jährige Frau als Kandidatin ab.

c) Neuzuzüger

Nur indirekt sprachen die Präsidenten der Windischer und Birsfelder Parteien die Vertretung der Neuzuzüger (hier definiert als Personen, die weniger als 5 Jahre lang ortsanwesend sind) an: Erwähnt wurde von vereinzelt, dass sie bei der Kandidatensuche darauf geachtet hätten, Bewerber aus allen Quartieren – also auch aus den in beiden Gemeinden vorhandenen typischen Neuzuzügerquartieren – zu berücksichtigen. Zwischen Windisch und Birsfelden, wo die Dauer der Ortsanwesenheit der Kandidaten erhoben werden konnte, gibt es erstaunliche Unterschiede. Verglichen mit einem geschätzten Anteil von etwa 15–18 Prozent an den Windischer Stimmbürgern sind gemäss Tabelle 3 25 Prozent der Kandidaten als Neuzuzüger zu betrachten, also eine erhebliche Übervertretung. In Birsfelden sind rund 20 Prozent der Stimmbürger Neuzuzüger, ihr Anteil an den Kandidaten beträgt jedoch lediglich 10 Prozent. Eine mögliche Erklärung für diesen Unterschied ist die grössere Eigenständigkeit des Dorflebens in Windisch, das weniger den Charakter einer Vorortsgemeinde hat als Birsfelden. In Windisch werden Neuzuzüger vermutlich schneller ins Gemeinde- und Partei-leben integriert und somit bei einer Kandidatenaufstellung eher berücksichtigt.

Tabelle 3: Kandidaten und Gewählte nach der Dauer ihrer Ortsanwesenheit (massgebender Zeitpunkt: anfangs der Amtsperioden)

Dauer der Ortsanwesenheit in Jahren	Kandidaten				Gewählte			
	Windisch		Birsfelden		Windisch		Birsfelden	
	N	%	N	%	N	%	N	%
0– 4	36	25	23	10	6	15	3	8
5– 9	22	15	45	20	7	18	5	13
10–14	17	12	23	10	5	13	2	5
15–19	15	10	50	23	3	8	9	23
20–29	24	17	34	15	5	13	8	20
30+	30	21	45	20	14	35	13	33
Total	144	100	220	98	40	102	40	102
Durchschnitt	17.7 Jahre		18.9 Jahre		21.9 Jahre		23.6 Jahre	

Tabelle 3 gibt auch einen Überblick über die Dauer der Ortsanwesenheit aller Windischer und Birsfelder Kandidaten. Erwartungsgemäss gut sind mit der Gemeinde stark verwurzelte Personen (30 Jahre und länger ortsanwesend) unter den Bewerbern vertreten. Durchschnittlich wohnten die Windischer Kandidaten beim Zeitpunkt der Wahl seit rund 18, die Birsfelder seit 19 Jahren in ihren Gemeinden.

d) Mieter und Hausbesitzer

Nach den Aussagen der Windischer und Birsfelder Parteipräsidenten wurde bei der Kandidatenrekrutierung auf das Merkmal „Hausbesitz“ nicht geachtet. Es erstaunt kaum, dass Mieter verhältnismässig schlecht unter den Kandidaten vertreten sind. Einem Anteil von 88 Prozent unter den Stimmbürgern in Birsfelden steht gemäss Tabelle 4 ein Prozentsatz von 75 Prozent unter den Einwohnerratskandidaten gegenüber. In Windisch sind rund 70 Prozent der Stimmbürger Mieter,¹⁴ ihr Anteil unter den Kandidaten macht 50 Prozent aus. Die Übervertretung der Hausbesitzer ist zur Hauptsache zweifellos darauf zurückzuführen, dass sie durch ihr Eigentum an die Gemeinde gebunden sind und sich daher von wichtigen kommunalpolitischen Entscheidungen (z. B. Zonen- und Strassenplanung, Höhe des Steuerfusses) besonders betroffen fühlen. Die Folge davon ist ein grosses Interesse an Gemeindepolitik, das in Birsfelden etwa daran abgelesen werden kann, dass die Stimmbeteiligung der Hausbesitzer bei den Einwohnerratswahlen mit 61 Prozent wesentlich über dem Durchschnitt von 42 Prozent lag.¹⁵

Tabelle 4: Kandidaten und Gewählte nach Wohnverhältnis

Wohnverhältnis	Kandidaten				Gewählte			
	Windisch		Birsfelden		Windisch		Birsfelden	
	N	%	N	%	N	%	N	%
Mieter	72	50	166	75	14	35	27	68
Hausbesitzer	73	50	54	25	26	65	13	32
Total	145	100	220	100	40	100	40	100

e) Soziale Schicht

Nebst der Rekrutierung von Frauen und Jugendlichen war den Windischer und Birsfelder Parteipräsidenten nach ihren Aussagen bei der Zusammenstellung ihrer Listen auch die Berücksichtigung aller Berufsgruppen oder aller sozialer

14 Die Schätzung der Anteile von Mietern und Hausbesitzern in den beiden Gemeinden erfolgt aufgrund von Tabelle 1.51 der Ergebnisse der Volkszählung 1970.

15 Ruedi Burger et al. *Untersuchungen zur Stimmabstinenz in Birsfelden* (Arbeitstitel), erscheint 1980.

Schichten besonders erwünscht. Allerdings gingen die Parteileitungen auch in dieser Beziehung nicht systematisch vor, sondern gaben sich in der Regel damit zufrieden, wenn die nachträgliche Überprüfung der provisorischen Kandidatenliste ergab, dass die wichtigsten Berufsgruppen vertreten waren. Gemäss Tabelle 5 stellen in beiden Gemeinden vor allem gehobene Angestellte und Beamte grosse Anteile am Total der Kandidaten. Zu dieser Gruppe wurden auch die Lehrer aller Stufen gezählt, die sich vor allem in Windisch in beachtlichem Ausmass an den Wahlen beteiligten: in Windisch bewarben sich 17, in Birsfelden 10 Lehrer um einen Sitz im Einwohnerrat.

Tabelle 5: Kandidaten und Gewählte nach Berufsgruppen

Berufsgruppe	Kandidaten				Gewählte			
	Windisch		Birsfelden		Windisch		Birsfelden	
	N	%	N	%	N	%	N	%
Arbeiter	12	8	27	12	4	10	4	10
einfache Angestellte und Beamte	11	8	31	14	–		4	10
mittlere Angestellte und Beamte	17	12	34	15	5	13	7	18
gehobene Angestellte und Beamte	51	35	67	30	20	50	16	40
selbständige Gewerbetreibende	14	10	25	11	2	5	3	8
Manager, Unternehmer, Chefbeamte, freie Berufe	18	12	14	6	7	18	4	10
Hausfrauen	17	12	20	12	2	5	1	3
in Ausbildung	5	3	2	1	–		1	3
Total	145	100	220	101	40	101	40	102

Eine Aufschlüsselung nach Parteien zeigt, dass keine Partei exklusiv eine Berufsgruppe vertritt. Deutlich sind aber Schwerpunkte sichtbar: Bei der FdP und CVP beider Gemeinden liegen sie bei den „gehobenen Angestellten und Beamten“. Die SP Windisch scheint vor allem eine Partei der „mittleren Angestellten und Beamten“ zu sein, während die SP Birsfelden als „Arbeiterpartei“ bezeichnet werden kann. Selbständige Gewerbetreibende sind mit Ausnahme der SP Windisch von allen grösseren Parteien nominiert worden. – Eine Auflistung der Kandidaten nach den anderen üblichen Indikatoren der sozialen Schicht (Ausbildung und Einkommen) bestätigt, dass im Verhältnis zum Anteil an den Stimmberechtigten Angehörige der oberen sozialen Schichten stark vertreten sind. So haben beispielsweise 16 Prozent (N = 23) der Kandidaten in Windisch und 9 Prozent (N = 19) in Birsfelden eine akademische Ausbildung hinter sich.

f) Politische Erfahrungen

Überraschend selten wurde von den Windischer und Birsfelder Parteipräsidenten „politische Erfahrung“ als erwünschtes Rekrutierungskriterium erwähnt. Dennoch wurden von verschiedenen Parteien sogenannte „Stimmenfänger“ nominiert – in der Regel altgediente Politiker, deren Popularität ausgenützt werden sollte. In Tabelle 6 sind die Erfahrungen der Kandidaten im formalpolitischen Bereich zusammengestellt. 70 Prozent der Windischer und 63 Prozent der Birsfelder Kandidaten waren bis zum Zeitpunkt der Einwohnerratswahlen in keiner politischen Behörde vertreten, 6 bzw. 13 Prozent waren vom Volk bereits in ein politisches Amt gewählt worden und hatten als Mitglieder von Kommissionen fungiert. Insgesamt ist die politische Erfahrung der Birsfelder Kandidaten etwas grösser. Dies ist auf die höhere Zahl von politischen Ämtern zurückzuführen, die in dieser Gemeinde vor der Einführung des Einwohnerrates zu vergeben war: Der Gemeindeversammlung war in Birsfelden im Gegensatz zu Windisch eine 15köpfige Gemeindekommission als vorberatendes Gremium beigegeben. Aus demselben Grund ist in Birsfelden auch der Prozentsatz der Bewerber grösser, der bereits eine oder mehrere erfolglose Kandidaturen für ein politisches Amt hinter sich hat (30 Prozent gegenüber 19 Prozent in Windisch).

Tabelle 6: Kandidaten und Gewählte nach ihren Erfahrungen in Kommissionen und politischen Ämtern

Kommissions- und Ämter erfahrungen	Kandidaten				Gewählte			
	Windisch		Birsfelden		Windisch		Birsfelden	
	N	%	N	%	N	%	N	%
keine	102	70	139	63	19	48	6	15
nur in Kommission	24	17	47	21	10	25	10	25
nur in politischem Amt	11	8	6	3	5	13	3	8
in Kommission und politischem Amt	8	6	28	13	6	15	21	53
Total	145	101	220	100	40	101	40	101

Die grosse Mehrheit der Windischer und Birsfelder Einwohnerratskandidaten ist erwartungsgemäss politisch überdurchschnittlich aktiv. Der Anteil der Meinungsführer z. B. beträgt 44 Prozent in Windisch und 58 Prozent in Birsfelden.¹⁶ Es gibt offenbar aber auch Kandidaten, die sich kaum für Politik inter-

16 Die Operationalisierung des Konzepts des Meinungsführers erfolgte durch die Frage nach dem Verhalten bei politischen Gesprächen und die Frage nach dem Erteilen von Ratschlägen in politischen Angelegenheiten. Vgl. Daniel Frei, Harold Glass, *Beharrung und Wandel in den aussenpolitischen Einstellungen junger Schweizer – die Rolle der sog. „Meinungsführer“* (= Kleine Studien, Nr. 26), S. 15.

essieren. Immerhin 6 Prozent der Bewerber in beiden Gemeinden gaben auf die entsprechende Frage an, dass sie sich an politischen Gesprächen nicht beteiligen würden.

III. Kandidaten und ihre Resultate – Determinanten des Wahlerfolges

Im Gegensatz zu den meisten Arbeiten im Bereich der Wahlforschung steht im folgenden nicht das Resultat der Parteien, sondern dasjenige der Kandidaten im Vordergrund. Es soll die Frage beantwortet werden, welche Persönlichkeitsmerkmale für den individuellen Wahlerfolg der Kandidaten von Bedeutung waren.

1. Methodische Erläuterungen

a) Die abhängige Variable: das Wahlresultat

Nach einer Wahl werden im allgemeinen diejenigen Kandidaten als „erfolgreich“ betrachtet, denen ein Sitz zugefallen ist. „Erfolglos“ sind dagegen alle andern Bewerber. Es ist leicht einzusehen, weshalb die Einteilung in gewählte und nicht-gewählte Kandidaten für die Analyse einer schweizerischen Proporzwahl wenig sinnvoll ist: Die Chance, gewählt zu werden, hängt davon ab, wieviele Parteistimmen auf die Partei eines Kandidaten entfallen (Variante Kandidatenproporz) und wieviele Bewerber auf einer Liste aufgeführt waren. So betrug z. B. die – nachträglich – ermittelte Wahlchance eines SP-Kandidaten bei den Windischer Einwohnerratswahlen 1973 1:2,3, diejenige eines LdU-Kandidaten dagegen lediglich 1:10. Für eine differenzierte Betrachtung des Wahlresultates reicht die Unterscheidung in gewählte und nicht-gewählte Kandidaten demnach nicht aus. Es muss nach einer Operationalisierung gesucht werden, die einen abgestuften Vergleich der Wahlresultate aller Kandidaten möglich macht. Dazu bietet sich die Zahl der Panaschierstimmen der Kandidaten an: sie ist unabhängig vom Ergebnis der Partei. Mit Ausnahme der Wähler, die die unbedruckte „freie Liste“ benutzen, werden Panaschierstimmen nur von Stimmberechtigten abgegeben, die ihnen namentlich bekannte Kandidaten anderer Parteien speziell unterstützen wollen. Solche Wähler sehen also unter Umständen über die ihnen nicht genehmen parteipolitischen Bindungen der fraglichen Kandidaten hinweg. Zu Recht gelten also Panaschierstimmen als stark persönlichkeitsbezogen.¹⁷ Bei der Benützung der Panaschierstimmen als Messinstrument für den Wahlerfolg, was im

17 Vgl. z. B. Peter Felix Müller, *Das Wahlsystem, neue Wege der Grundlegung und Gestaltung*, Zürich 1959, S. 236 f.

folgenden durchgeführt wird – ist allerdings zu beachten, dass diese Zahlen für die Kandidaten verschiedener Parteien standardisiert werden müssen.¹⁸

b) Unabhängige Variablen und theoretischer Rahmen

Im Katalog der unabhängigen Variablen sind jene Merkmale enthalten, die als Determinanten der Wahlentscheidung in Frage kommen und die mit den zur Verfügung stehenden Mitteln erfasst werden konnten.¹⁹ Für eine hypothetische Beurteilung der Relevanz dieser Variablen werden sie in Tabelle 7 in einen Raster mit den Dimensionen „Öffentlichkeit“ und „normatives Gewicht“ eingeordnet. Damit sind zwei theoretische Überlegungen verbunden:

1. Damit eine Variable überhaupt als Wahldeterminante in Frage kommt, müssen ihre Werte öffentlich sein, d. h. die Wähler kennen ihre Werte bei einer grösseren Anzahl Kandidaten.
2. Zudem ist nach dem normativen Gewicht einer Variable zu fragen. Zweifellos bestehen bezüglich verschiedener Variablen normative Vorstellungen der Wählerschaft.

Zu dieser Einordnung in den Raster Öffentlichkeit/normatives Gewicht zwei Beispiele: Das „Geschlecht“ der Kandidaten ist allen Wählern bekannt (Öffentlichkeit gross); wie das schlechte Abschneiden von Frauen bei anderen Wahlen zeigt,²⁰ bestehen an ihrer Qualifikation für ein politisches Amt bei vielen Stimmberechtigten offenbar noch immer Zweifel (normatives Gewicht mittel). Der „informellen politischen Partizipation“ (z. B. Gespräche über Politik) ist in diesem Zusammenhang ebenfalls ein mittleres normatives Gewicht zuzumessen, hingegen wird über das diesbezügliche Verhalten der Kandidaten kaum ein grosser Teil der Wähler orientiert sein (Öffentlichkeit klein). – Aufgrund der Einordnung in diesen Raster (Tabelle 7) ergibt sich eine hypothetische Rangordnung der unabhängigen Variablen: als wichtigste Determinanten des Wahlerfolges werden diejenigen Variablen betrachtet, deren normatives Gewicht und Öffentlichkeit gross sind. Die Beurteilung der weiteren möglichen Kombinationen in diesem Raster – wie auch zum Teil auch die Einordnung der Variablen – hat selbstverständlich etwas spekulativen Charakter.

18 Eine Standardisierung ist nötig, weil die Zahl der parteifremden Listen für Kandidaten verschiedener Parteien nicht gleich gross ist. Vgl. dazu ausführlich: Ruedi Burger, *Zur Analyse schweizerischer Verhältniswahlen, einige neue Konzepte* (= Kleine Studien Nr. 50–52), Zürich 1975, S. 38 ff. – Wie eng eine standardisierte Variable „Panaschierstimmenzahl“ mit der Variable „Wahlerfolg“ (dichotomisiert: gewählt / nicht gewählt) zusammenhängt, kann durch eine Korrelation gezeigt werden. Der Assoziationskoeffizient Gamma bei einer Kreuztabelle zwischen der trichotomisierten Variable „Panaschierstimmenzahl“ (vgl. S. 195) und der Variable „Wahlerfolg“ beträgt für Windisch + 0.92, für Birsfelden sogar + 0.96.

19 Es fehlt z. B. eine Variable „Bekanntheitsgrad“, weil ihre Operationalisierung im Rahmen dieser Arbeit zu grosse Schwierigkeiten bot.

20 Vgl. z. B. Institut für Meinungsforschung AG Baden, Hg., *Frauen in der Politik, Ungleiche Chancen trotz gleicher Rechte. Eine politisch-soziologische Untersuchung in zwei Zürcher Stadtkreisen*, Baden 1975.

Tabelle 7: Die unabhängigen Variablen im Raster Öffentlichkeit/normatives Gewicht:
Hypothetischer Zusammenhang mit dem Wahlergebnis

normatives Gewicht	gross	7 Sozialer Beruf 13 Formale politische Partizipation STARK		
	mittel	11 Informelle politische Partizipation	4 Zivilstand 5 Kinderzahl 6 Soziale Schicht 9 Ortsverbundenheit 15 Formale soziale Partizipation	1 Geschlecht 2 Alter 12 Parteizugehörigkeit
		SCHWACH	MITTEL	MITTEL
	klein	14 Informelle soziale Partizipation 16 Meinungen zu Sachfragen	3 Konfession 8 Kontakte durch berufliche Tätigkeit 10 Wohnquartier 17 Wahlkampfaktivität	18 Listenplatz
SCHWACH		SCHWACH	SCHWACH	
		klein	mittel	gross

Öffentlichkeit

Numerierung der Variablen:

- 1, 2, 3: Variablen der zugeschriebenen sozialen Position
- 4–10: Variablen der erworbenen sozialen Position
- 11–15: Variablen der politischen und sozialen Partizipation
- 16–18: Übrige Variablen

In Grossbuchstaben:

Hypothetischer Zusammenhang der Variablen in dieser Zelle mit dem Wahlergebnis

c) Methoden der Zusammenhangsanalyse

Für die Darstellung des Zusammenhangs der unabhängigen Variablen mit der abhängigen (Panaschierstimmenzahl) sind zwei verschiedene Methoden verwendet worden: Kreuztabellierungen und Mittelwertsberechnungen.

Für die Kreuztabellierungen wurden die intervallskalierten Werte der abhängigen Variable in drei Kategorien mit je einem Drittel der Werte eingeteilt. Diese Drittelung der Variable „Panaschierstimmenzahl“ gewährleistet, dass die Resultate trotz stark verschiedener Stimmenzahl (in Windisch wurde erheblich

häufiger panaschiert als in Birsfelden)²¹ für beide Gemeinden gut vergleichbar sind. Sofern notwendig, wurden für die Kreuztabellierungen auch die Werte der unabhängigen Variablen zusammengefasst (z. B. beim „Alter“). Als Assoziationskoeffizient wurde Gamma gewählt.²² Auf den Gebrauch von Signifikanztests wurde verzichtet und damit jener mehrheitlich vertretenen Lehrbuchmeinung gefolgt, die solche Tests nur für Untersuchungen sinnvoll hält, in denen von einer durch Zufallsauswahl gewonnenen Stichprobe statistisch gültige Schlüsse für eine Grundgesamtheit gezogen werden sollen.

Diese Kreuztabellierungen haben den Nachteil, dass dabei die Intervallskalengleichheit der abhängigen Variable verlorengeht. Durch Mittelwertberechnungen kann dieser Informationsverlust umgangen werden: Dabei wird für jede Kategorie der unabhängigen Variable der betreffende Panaschierstimmittelwert berechnet, z. B. wird die durchschnittliche Stimmenzahl der Männer mit derjenigen der Frauen verglichen. Damit auch hier Resultate von verschiedenen Gemeinden vergleichbar sind, werden die prozentualen Abweichungen vom Gesamtmittelwert (Gmw. = durchschnittliche Panaschierstimmenzahl aller Kandidaten) herangezogen. Im erwähnten Beispiel wird also berechnet, um wieviele Prozent die durchschnittliche Panaschierstimmenzahl der Männer und diejenige der Frauen vom Gesamtmittelwert abweicht. – Mittelwertberechnungen haben den Nachteil, dass der Zusammenhang verschiedener unabhängiger Variablen mit der abhängigen kaum vergleichbar wird. (Die Anzahl Kategorien und die Zahl der Fälle in einer Kategorie determinieren die prozentualen Abweichungen vom Gesamtmittelwert stark.) Für solche Vergleiche sind demnach Kreuztabellierungen besser geeignet.

Die Betrachtung der Liste der unabhängigen Variablen (Tabelle 7) zeigt, dass das Kriterium der „Unabhängigkeit“ nur von wenigen erfüllt wird. Zwischen den meisten bestehen mehr oder weniger starke, positive oder negative Korrelationen. Um durch den Einfluss von Drittvariablen bedingte Scheinkorrelationen

21 Wie häufig in einer Gemeinde (oder einem andern Wahlkreis) panaschiert wird, hängt von einer Vielzahl von Faktoren ab. Z. B. verleiten nicht vollständig mit Kandidaten besetzte Listen eher zum Panaschieren, dasselbe gilt auch für Listen, deren Kandidaten bereits kumuliert aufgeführt sind. Wo Parteipolitik eine grosse Rolle spielt, wird eher wenig panaschiert. Mit zunehmender Grösse des Wahlkreises nimmt die Bekanntheit der Kandidaten ab, d. h. es werden ebenfalls weniger Panaschierstimmen abgegeben. – Im Vergleich mit den Baselbieter Gemeinden wurde in den Aargauer Ortschaften häufiger panaschiert. Dies ist nebst den bereits genannten Faktoren (im Aargau handelt es sich mit wenigen Ausnahmen um kleinere Gemeinden, in denen Parteipolitik eine vergleichsweise geringere Rolle spielt; auch kommen z. B. unvollständig besetzte Listen häufiger vor) u. a. darauf zurückzuführen, dass dort bei den Wahlen in die kantonale Legislative der Listenproporz angewandt wird, d. h. es kann panaschiert werden, ohne dass die mit der Liste gewählte Partei Stimmen verliert. Obwohl bei den Einwohnerratswahlen der Kandidatenproporz zur Anwendung gelangt, werden die bei den kantonalen Wahlen eingeübten Panaschiergewohnheiten beibehalten worden sein.

22 Zu den Vor- und Nachteilen von Gamma vgl. H. Benninghaus, *Deskriptive Statistik*, Stuttgart 1974, S. 160 f.

mit der abhängigen Variablen zu erkennen, wurde der Zusammenhang jeder unabhängigen Variable mit der Panaschierstimmenzahl auch trivariat untersucht, d. h. es wurden partielle Korrelationen mit relevanten Drittvariablen durchgeführt. Die Beurteilung des Zusammenhangs einer unabhängigen Variable mit der Panaschierstimmenzahl erfolgt in jedem Fall unter Berücksichtigung des Einflusses von Drittvariablen.

Im Rahmen dieses Artikels werden die Ergebnisse der Zusammenhangsanalyse in vereinfachter Form wiedergegeben. Die Tabellen 8 und 9 zeigen die Resultate der Kreuztabellierungen für alle unabhängigen Variablen in den Gemeinden Windisch und Birsfelden auszugsweise. Es wird lediglich angeführt, wieviel Prozent der Kandidaten der „höchsten“ Kategorie einer unabhängigen Variable und wieviel Prozent der „tiefsten“ Kategorie im ersten Stimmendrittel platziert sind. (Gemäss Hypothese wird von den Kandidaten in der höchsten Kategorie ein besseres Resultat erwartet.) Nicht berücksichtigt werden in den Tabellen 8 und 9 die Prozentzahlen für die Kandidaten in den „mittleren“ Kategorien der unabhängigen Variable (z. B. beim „Alter“ die Ergebnisse der 30–39 und 40–49jährigen Bewerber) sowie die Prozentzahlen der Kandidaten aller Kategorien, die im mittleren oder letzten Panaschierstimmendrittel figurieren. Gamma – Parameter dieser Kreuztabellierungen – wird in diesen Tabellen ebenfalls angeführt. In der Beurteilung der Stärke des Zusammenhangs zwischen den unabhängigen Variablen mit der Panaschierstimmenzahl in der letzten Spalte sind sowohl die Ergebnisse der Kreuztabellierungen wie auch diejenigen der hier nicht wiedergegebenen Mittelwertsberechnungen und partiellen Korrelationen berücksichtigt worden.

Für die meisten unabhängigen Variablen liegen lediglich Daten aus den Gemeinden Windisch (Wahlen 1973) und Birsfelden (1975) vor. Nur für 5 unabhängige Variablen konnten auch Daten aus den übrigen 6 Baselbieter Einwohnergemeinden herangezogen werden. Die Resultate dieser Zusammenhangsanalysen werden in Tabelle 10 aufgeführt. In drei Fällen handelt es sich um die Ergebnisse von Mittelwertsberechnungen, in einem („Alter“) wurde der Produkt-Moment-Korrelationskoeffizient r berechnet. Da der Einfluss des „Listenplatzes“ in diesen Gemeinden nur auf der Ebene der einzelnen Partei untersucht wurde, fehlt das Resultat für diese Variable in Tabelle 10.

Mit der Ausnahme von Birsfelden fanden in den Baselbieter Gemeinden 1975 bereits die zweiten Einwohnerratswahlen statt. Da bisherige Einwohnerräte bei Einwohnerratswahlen unbestreitbare Vorteile haben, wurden sie nicht in diese Zusammenhangsanalysen einbezogen. Das ist die Erklärung dafür, weshalb in diesen Gemeinden die Zahl der Kandidaten mit Erfahrungen in einem politischen Amt mit der Ausnahme von Liestal unter 10 liegt.

2. Die Analyse: wahlentscheidende und andere Variablen

a) Die Variablen der zugeschriebenen sozialen Position

Laut Tabelle 8 sind männliche Kandidaten in Windisch wie Birsfelden etwas besser im ersten Stimmendrittel vertreten als weibliche. In diesen beiden Gemeinden und in Pratteln sind auch die durchschnittlichen Stimmenzahlen der Männer höher als die der Frauen (vgl. Tab. 10). Wird nun aber als Drittvariable die formale politische Partizipation (Nr. 13) eingeführt, so zeigt sich, dass die Unterschiede in den Stimmenzahlen der Geschlechter in Windisch und Birsfelden sehr minim werden. Die Erklärung für die höheren Stimmenzahlen der männlichen Kandidaten in Windisch und Birsfelden dürfte also vorab darin zu suchen sein, dass bei diesen erstmaligen Wahlen viele Männer mitmachten, die bereits über Erfahrungen in anderen politischen Funktionen verfügten. Diese Interpretation wird durch das Ergebnis der Frauen in den übrigen Baselbieter Gemeinden (Tab. 10) gestützt: Mit der erwähnten Ausnahme von Pratteln haben Frauen innerhalb der bisher nicht im Einwohnerrat vertretenen Kandidaten mehr Panaschierstimmen erzielt als Männer. Aus den vorliegenden Resultaten kann geschlossen werden, dass zwischen „Geschlecht“ und Panaschierstimmenzahl kein Zusammenhang besteht, Frauen also wider Erwarten nicht benachteiligt worden sind. – Zu diesem Ergebnis muss eine wichtige Ergänzung gemacht werden: insgesamt haben weibliche Kandidaten in den untersuchten Gemeinden dennoch schlechter abgeschnitten als männliche Bewerber. Parteispezifische Analysen zeigten, dass Frauen fast ausnahmslos bei allen Parteien und in allen Gemeinden von den Wählern der eigenen Partei (z. B. FdP-Kandidatinnen von den FdP-Wählern) weniger Stimmen erhalten haben. Besonders deutlich ist diese Benachteiligung bei der CVP und FdP festzustellen, in etwas geringerem Ausmass bei der SP und dem LdU.

Recht überraschend sind auch die Resultate bei der Variable „Alter“. Gemäss Tabelle 10 besteht zwischen dem Alter und der Panaschierstimmenzahl nur gerade in Windisch und Pratteln ein gering positiver Zusammenhang, in Münchenstein haben jüngere Bewerber sogar erheblich besser abgeschnitten. Wenn durch partielle Korrelationen der Einfluss der Drittvariablen „formale politische Partizipation“ berücksichtigt wird (erwartungsgemäss verfügen ältere Bewerber eher über politische Erfahrungen), bleibt sogar nur noch in Pratteln ein gering positiver Zusammenhang zwischen Alter und Panaschierstimmenzahl übrig. – Die parteispezifische Analysen (vgl. oben) ergeben ein uneinheitliches Bild. Einzig bei der Baselbieter SP lässt sich feststellen, dass jüngere SP-Kandidaten von den Wählern dieser Partei generell bevorzugt worden sind.

Die Konfession der Kandidaten war nur noch in Windisch und Birsfelden bekannt. In beiden Gemeinden ist anhand von Tabelle 8 ein etwas besseres Ergebnis für reformierte Kandidaten abzulesen, in Birsfelden deutlicher als in Windisch. Die Erklärung dafür liegt wohl darin, dass die Schweizer Bevölkerung in beiden Gemeinden mehrheitlich reformiert ist.

b) Die Variablen der erworbenen sozialen Position

Sofern berücksichtigt wird, dass verheiratete Kandidaten durchschnittlich älter sind als ledige, kann zwischen dem Zivilstand und der Panaschierstimmenzahl kein Zusammenhang mehr festgestellt werden. – Ein interessantes Resultat ergibt sich bei der Variable „Kinderzahl“: Die Stimmenzahlen von Bewerbern mit 0–3 Kindern sind ähnlich gross, Kandidaten mit 4 und mehr Kindern haben jedoch deutlich besser abgeschnitten. Dieses Ergebnis ist wahrscheinlich damit zu erklären, dass Bewerber mit kinderreichen Familien auch dank der Aktivitäten ihrer Kinder in der Gemeinde über einen grossen Bekanntheitsgrad verfügen.

Die soziale Schicht der Kandidaten wurde anhand der Indikatoren „Ausbildung“, „Berufsgruppe“ und „Einkommen“ erfasst. Bei allen drei haben mit höherer Schichtzugehörigkeit assoziierte Kandidatenkategorien auch höhere Stimmenzahlen erreicht; insgesamt ergibt sich ein Zusammenhang von etwa mittlerer Stärke. Akademiker, deren Abschneiden in einem Exkurs speziell untersucht wurde, haben erwartungsgemäss besonders gute Resultate erzielt.

Zu den „sozialen Berufen“ wurden alle Pflegberufe (z. B. Krankenschwestern), zum Erziehungsbereich zählende Tätigkeiten (z. B. Heimleiter, alle Lehrer) und Sozialarbeiter gezählt. Kandidaten mit solchen Berufen haben stark überdurchschnittliche Stimmenzahlen erreicht. Vor allem die Lehrer, deren Ergebnisse separat berechnet wurden, sind in Windisch und Birsfelden – und auch in den übrigen Baselbieter Gemeinden – von den Wählern stark bevorzugt worden.

Wer durch seinen Beruf mit der Bevölkerung häufig in Kontakt kommt (z. B. als Briefträger oder als Schalterbeamter einer Bank), ist den Stimmbürgern eher bekannt und hat deshalb bei Gemeindewahlen ebenfalls gewisse Vorteile (Variable „Kontakte durch berufliche Tätigkeit“). – Besser bekannt sind auch solche Kandidaten, die mit der Gemeinde seit langer Zeit verbunden sind. Sowohl für den Indikator „Dauer der Ortsanwesenheit“ als auch – in etwas stärkerem Masse – für den „Index des lokalen Status“ kann ein positiver Zusammenhang mit der Panaschierstimmenzahl nachgewiesen werden. 3 Punkte auf diesem Index erreichten Kandidaten, die überdurchschnittlich lange in der Gemeinde wohnten (in Windisch mindestens 18, in Birsfelden 19 Jahre) und deren Vater sowie weitere Verwandte ebenfalls in der Gemeinde ansässig waren.²³

23 Zusammensetzung der Indices: *Index des lokalen Status*: 1. überdurchschnittliche Dauer der Ortsanwesenheit, 2. Vater in der Gemeinde wohnhaft, 3. Andere Verwandte in der Gemeinde wohnhaft. *Index der Vereinsaktivität*: 1. Anzahl Vereinsmitgliedschaften, 2. Häufigkeit des Veranstaltungsbesuches, 3. Vorstandsämter. *Index der kirchlichen Aktivität*: 1. Häufigkeit des Kirchenbesuches, 2. Wortmeldungen an der Kirchgemeindeversammlung, 3. Mitglied der Kirchenpflege. *Index der Wahlkampfaktivität*: 1. Verteilen von Flugblättern, 2. Dabei geführte Gespräche, 3. Verfasser von Artikeln in der Lokalpresse, 4. Durchführung von andern Aktionen (z. B. Hausbesuche).

Tabelle 8: Zusammenhang der unabhängigen Variablen mit der Panaschierstimmennzahl; Windisch und Birsfelden (1)

Nr.	Bezeichnung der Variable (Anz. Kategorien)	„höchste“ bzw. „tiefste“ Kategorie	% davon im ersten Stimmendrittel		Assoziations- koeffizient Gamma		Stärke des Zusammenhangs
			Wind.	Birs.	Wind.	Birs.	
1	Geschlecht (2)	männlich weiblich	37 21	34 31	.20	.10	null*
2	Alter (4)	50jährige u. ältere 20–29jährige	45 27	40 33	.11	.09	null*
3	Konfession (2)	reformiert katholisch	36 31	41 23	.14	.34	W: schwach B: mittel
4	Zivilstand (2)	verheiratet ledig	36 20	33 38	-.06	-.06	null*
5	Kinderzahl (4)	4 u. mehr keine	59 22	52 37	.11	.18	mittel
6	Soziale Schicht						
a.	Ausbildung (4)	Hochschule kein Lehrabschl.	37 21	50 24	.23	.20	
b.	Berufsgruppe (4)	Manager, Chefbeamte, Selbstständige, freie Berufe Arbeiter, einfache Arbeiter und Angestellte	47 4	36 19	.36	.17	mittel
c.	Einkommen je Monat (3)	W: über 4500 B: über 5000 W: unter 3000 B: unter 3500	51 21	43 23	.25	.24	

7	Sozialer Beruf (2)	mit soz. Beruf ohne soz. Beruf	55 28	88 29	.54 .90	stark
8	Kontakte durch berufliche Tätigkeit (3)	häufige Kontakte keine Kontakte	60 28	60 20	.34 .45	mittel
9	Ortsverbundenheit					
	a. Dauer der Ortsanwesenheit (4)	20 u. mehr Jahre 0–4 Jahre	44 25	51 30	.27 .35	mittel*
	b. Index des lokalen Status (4)**	3 Indexpunkte 0 Indexpunkte	54 24	55 19	.36 .41	
10	Wohnquartier W: (3)/B: (2)	W: Dorfkern B: übrige Quartiere Neuzuzügerquart.	43 13	39 23	.25 .21	schwach

W. Wind.: Windisch

B. Birs.: Birsfelden

* erheblicher Einfluss von Drittvariablen berücksichtigt

** Zusammensetzung der Indices vgl. Anmerkung 23

Tabelle 9: Zusammenhang der unabhängigen Variablen mit der Panaschierstimmenzahl; Windisch und Birsfelden (2)

Nr.	Bezeichnung der Variable (Anz. Kategorien)	„höchste“ bzw. „tiefste“ Kategorie	% davon im ersten Stimmendrittel		Assoziations- koeffizient Gamma		Stärke des Zusammenhangs
			Wind.	Birs.	Wind.	Birs.	
11	Informelle politische Partizipation (2)	Meinungsführer kein Meinungsf.	38	44	.28	.47	W: schwach* B: mittel*
12	Parteilzugehörigkeit (2)	bürgerliche P. übrige P.	40	39	.26	.18	W: mittel B: schwach
13	formale politische Partizipation						
	a. Amtstätigkeit (3)	politisches Amt kein Amt	53	85	.50	.74	
	b. erfolglose Kandidaturen W: (2)/B: (3)	W: eine und mehr B: 3 und mehr W/B: keine	37	64	.23	.45	stark
	c. Aktivität an der Gemeindeversammlungg. (3)	mehrfache Wortmeldung Teilnahme nie, selten od. gelegentlich	55	64	.35	.56	
			16	16			
14	informelle soz. Partizipation						
	a. Wirtshausbesuche (4)	mind. einmal wöchentlich nie	38	33	-.005	-.06	null
			35	37			
	b. Erledigung v. Besorgungen (3)	mehr als 2mal wöchentlich nie/selten	36	30	.09	-.10	
			31	41			

Die Einteilung der Kandidaten in verschiedene Gruppen von Quartieren (in Birsfelden kann kein eigentlicher „Dorfkern“ ausgeschieden werden) zeigt, dass Bewerber aus den Neuzuzügerquartieren tatsächlich etwas benachteiligt worden sind.

c) Die Variablen der politischen und sozialen Partizipation

Meinungsführer (vgl. Anmerkung 16) haben laut Tabelle 9 in Windisch in geringem, in Birsfelden in mittleren Mass besser abgeschnitten. In der Beurteilung dieses Zusammenhangs ist berücksichtigt, dass hier der Einfluss einiger Drittvariablen (z. B. „formale politische Partizipation“) abgezogen werden muss.

Bei der Variable „Parteizugehörigkeit“ wurden an dieser Stelle lediglich zwei Parteiengruppen unterschieden: Kandidaten bürgerlicher Parteien (FdP, CVP, SVP/BGB, EVP, Lib) und Kandidaten der übrigen Parteien. In Windisch haben bürgerliche Bewerber in mittlerem, in Birsfelden in geringem Mass mehr Panaschierstimmen erzielt. Auch in den übrigen Baselbieter Gemeinden – mit der Ausnahme von Münchenstein – haben Kandidaten bürgerlicher Parteien besser abgeschnitten (vgl. Tabelle 10). Eine Analyse nach einzelnen Parteien ergab, dass insbesondere die Bewerber der FdP hohe Stimmenzahlen erzielt haben. Sie sind in Binningen, Liestal und Pratteln vor den Kandidaten der andern Parteien plazierte und sind auch in den übrigen Gemeinden innerhalb der Spitzenränge zu finden.²⁴

Die Erfahrungen der Kandidaten im formalpolitischen Bereich wurden mit drei Indikatoren gemessen. Bei der „Amtstätigkeit“ wurde zwischen Kandidaten, die bereits in ein politisches Amt gewählt worden waren, Bewerbern mit Kommissionsmitgliedschaften und den übrigen Kandidaten unterschieden. Beim Indikator „erfolglose Kandidaturen“ wurden die Stimmenzahlen von Bewerbern mit und ohne erfolglose Kandidaturen verglichen. Schliesslich wurde auch die „Aktivität an der Gemeindeversammlung“ gemessen. Wie oft sich Kandidaten an der Gemeindeversammlung zu Wort gemeldet hatten, wurde aus den Protokollen eruiert. – Bei allen drei Indikatoren, am deutlichsten bei der „Amtstätigkeit“, haben erfahrenere Kandidaten klar höhere Stimmenzahlen erzielt (Tab. 9). Auch in den übrigen Baselbieter Gemeinden haben Bewerber, die bereits in ein politisches Amt gewählt wurden, sehr gut abgeschnitten (Tab. 10). Zwischen der Variable „formale politische Partizipation“ und der Panaschierstimmenzahl besteht demnach der erwartete starke Zusammenhang.

Der Häufigkeit des Wirtshausbesuches wird in Diskussionen über Wahlchancen bei Gemeindewahlen grosse Bedeutung zugemessen. Offenbar zu Unrecht: Bei der Variable „informelle soziale Partizipation“ ergibt sich für den Indikator

24 Vgl. Ruedi Burger, Heinz Dickenmann, *Der Bürger zwischen Parteiloyalität und Persönlichkeitswahl: Untersuchungen zum Panaschierstimmentausch* (= Kleine Studien, Nr. 177), Zürich 1979. Diese Arbeit ist auch in der in Anmerkung 5 angegebenen Publikation veröffentlicht worden.

Tabelle 10: Zusammenhang einiger unabhängiger Variablen mit der Panaschierstimmzahl; Windisch, alle Baselbieter Gemeinden

Gemeinde	Geschlecht		Alter	Parteizugehörigkeit		formale politische Partizipation ^{b)}	
	%Abw. vom Gmw.			%Abw. vom Gmw.		%Abw. vom Gmw.	
	männl.	weibl.		bürgerl. P.	übrige P.	politisches Amt	kein Amt
Windisch	+ 7	- 24	.25	+ 11	- 19	+ 56	- 22
Birsfelden	+ 5	- 27	.10	+ 6	- 7	+ 140	- 41
Allschwil	- 5	+ 37	- .06	+ 2	- 2	+ 202*	- 13
Binningen	- 1	+ 4	.02	+ 2	- 3	+ 172*	- 5
Liestal	- 5	+ 31	.07	+ 13	- 19	+ 56	- 7
Münchenstein	- 3	+ 17	- .26	- 5	+ 5	+ 34*	- 2
Pratteln	+ 1	- 3	.15	+ 13	- 11	+ 58*	- 8
Reinach	- 7	+ 29	- .01	+ 18	- 19	+ 155*	- 8

Gmw. = Gesamtmittelwert

a) Produkt-Moment-Korrelationskoeffizient

b) ohne Ergebnisse für die mittlere Ausprägung („Kommissionsmitgliedschaft“)

* N kleiner als 10

„Wirtshausbesuche“ kein Zusammenhang mit der Panaschierstimmenzahl. Dasselbe gilt auch für den zweiten Indikator dieser Variable, die Häufigkeit der „Erledigung von Besorgungen“.

Als Indikatoren der formalen sozialen Partizipation wurden die „Vereinsaktivität“ und die „kirchliche Aktivität“ (beide gemessen durch Indices, vgl. Anm. 23) benutzt. Da sie untereinander nur schwach korrelieren, wird ihr Zusammenhang mit der Panaschierstimmenzahl separat beurteilt. – In Vereinen aktive Kandidaten haben in etwa mittlerem Ausmass höhere Stimmenzahlen erzielt. Für die kirchliche Aktivität kann hingegen nur ein minimaler Zusammenhang nachgewiesen werden.

d) Übrige Variablen

Lediglich in der Gemeinde Birsfelden wurde untersucht, ob Meinungen der Kandidaten zu gewissen Sachfragen, die vor und auch während der Einwohnerratswahlen an der Gemeindeversammlung und in der Lokalpresse (Birsfelder Anzeiger) diskutiert wurden, ihre Stimmenzahlen beeinflusst haben könnten. Dies ist jedoch nicht der Fall. Weder die Ansicht der Bewerber zum Bau von Tennisplätzen (vom Souverän abgelehnt), noch ihre Stellungnahmen zum Bau eines zusätzlichen Attikageschosses beim Gemeindeverwaltungsgebäude (gutgeheissen) und zum Kauf des Schulhausareals Sternenfeld (nach den Wahlen gutgeheissen) stehen mit der Panaschierstimmenzahl in irgendeiner Beziehung. Vermutlich deshalb, weil die Mehrzahl der Stimmberechtigten gar nicht wusste, welche Haltung auch nur einzelne Kandidaten bezüglich dieser Sachfragen einnahmen.

Soweit es sich um Propaganda handelte, die von den Parteien für *alle* ihre Kandidaten gemacht wurde, wurde sie bei der Variable „Wahlkampfaktivität“ nicht berücksichtigt. Von dieser Art Werbung ist zu erwarten, dass sie allen Kandidaten einer Partei in gleichem Masse zugute kommt. Mit dem „Index der Wahlkampfaktivität“ (vgl. Anm. 23) wurde nur die individuelle Aktivität der einzelnen Bewerber erfasst. Weder in Windisch noch in Birsfelden scheinen durch die Einzelpropaganda der Kandidaten ihre Stimmenzahlen beeinflusst worden zu sein.

An den Nominierungsversammlungen der Parteien wird die Gestaltung der Listen häufig zu einem umstrittenen Traktandum, weil von den ersten Listenplätzen bessere Wahlchancen erwartet werden. Der Zusammenhang zwischen Listenplatz und Wahlergebnis wurde in dieser Arbeit auf verschiedene Arten untersucht. Für die Kreuztabellierung wurden die Windischer und Birsfelder Kandidaten danach klassiert, ob sie im ersten, mittleren oder letzten Drittel ihrer Listen platziert gewesen waren. Laut Tabelle 9 war die erstgenannte Gruppe in Windisch leicht bevorteilt, in Birsfelden lässt sich kein Zusammenhang feststellen. – Zusätzlich zu dieser Analyse wurden mit den mehr als 20 Kandidaten umfassenden, durch das Alphabet oder Los gereihten Listen aller Gemeinden

Korrelationsberechnungen durchgeführt.²⁵ Von insgesamt 28 einbezogenen Listen ergab sich dabei bei 18 (64 Prozent) keinerlei Zusammenhang zwischen Listenplatz und Stimmenzahl,²⁶ bei weiteren 9 (32 Prozent) resultierte eine geringe und nur bei einer Liste eine mittelstarke Beziehung. Aus diesen Ergebnissen kann geschlossen werden, dass zwischen Listenplatz und Wahlresultat höchstens ein schwacher Zusammenhang besteht.

e) Zusammenfassung: erwartete und unerwartete Ergebnisse

Ausgehend von den zwei Kriterien „Öffentlichkeit“ und „normatives Gewicht“ wurde für jede der 18 unabhängigen Variablen bestimmt, ob ein starker, mittlerer oder schwacher Zusammenhang mit dem Wahlresultat zu erwarten sei (vgl. Tab. 7). Aufgrund dieser Hypothesen und den empirischen Ergebnissen können nur drei Gruppen von Variablen unterschieden werden: in der ersten stimmen Hypothese und Ergebnisse überein (Kinderzahl, soziale Schicht, sozialer Beruf, Ortsverbundenheit, Wohnquartier, formale politische Partizipation), in der zweiten ist dies zum Teil der Fall (Konfession, informelle politische Partizipation, Parteizugehörigkeit, formale soziale Partizipation, Listenplatz), und in der dritten gehen Hypothese und Ergebnis auseinander (Geschlecht, Alter, Zivilstand, Kontakte durch berufliche Tätigkeit, informelle soziale Partizipation, Meinung zu Sachfragen, Wahlkampfaktivität). Es fragt sich nun, inwiefern dieses Ergebnis zu befriedigen vermag.

Ein Vergleich von Tabelle 7 mit den Tabellen 8, 9 und 10 zeigt, dass häufig statt einer „schwachen“ gar keine Korrelation festzustellen ist, eine Abweichung, die keineswegs gravierend erscheint. Nur in drei Fällen (Geschlecht, Alter, Zivilstand) weicht das Ergebnis um mehr als eine Stufe vom hypothetischen Zusammenhang ab, was jedesmal auf eine problematische Beurteilung des „normativen Gewichtes“ der entsprechenden Variablen zurückgeführt werden kann (z. B. konnte beim „Zivilstand“ das Wahlresultat der geschiedenen Kandidaten gar nicht untersucht werden, weil die Anzahl Fälle zu gering war). Im grossen Ganzen vermag der Grad der Übereinstimmung zwischen Hypothese und Ergebnis zu befriedigen. Der gewählte theoretische Rahmen scheint demnach verwendbar, allenfalls sollte er durch eine besser überdachte Nomenklatur im Raster Öffentlichkeit/normatives Gewicht etwas verfeinert werden.

In den Sozialwissenschaften werden Resultate auch häufig danach beurteilt, wie spektakulär, d. h. überraschend, sie sind. Die vorliegende Arbeit hat vieles bestätigt, was „man“ schon wusste oder wenigstens vermutete: Bessere Wahl-

25 Sofern bisherige Einwohnerräte den übrigen Kandidaten vorangestellt waren, wurden sie aus der Analyse ausgeklammert.

26 Es wurden sowohl für das Total aller Stimmen (Panaschierstimmen + parteieigene Stimmen) als auch die Zahl der Panaschierstimmen und der parteieigenen Stimmen separat Korrelationsanalysen durchgeführt. Dabei ergaben sich nur geringfügig verschiedene Resultate.

chancen haben Kandidaten mit Erfahrungen in politischen Ämtern, mit sozialem Beruf, aus oberen sozialen Schichten, mit Wurzeln in ihren Gemeinden und mit vielen Mitgliedschaften in Vereinen. Es gibt jedoch auch einige überraschende Ergebnisse: Frauen werden nicht von der Gesamtwählerschaft, sondern vor allem von den Wählern ihrer Parteien benachteiligt. Jugendliche Bewerber werden erstaunlich gut gewählt, allenfalls geringere Stimmenzahlen sind auf mangelnde politische Erfahrungen zurückzuführen. Die Platzierung auf der Liste – sofern sie durch das Alphabet oder das Los erfolgte – ist für das Wahlresultat unerheblich. Eine Benachteiligung der Kandidaten auf hinteren Listenplätzen konnte nur in minimalem Umfang festgestellt werden. Eine grosse informelle soziale Partizipation (z. B. Wirtshausbesuche) macht sich kaum bezahlt, ein Ergebnis, das für die Gemeindeebene nicht unbedingt erwartet werden konnte. Überraschend, obwohl eigentlich recht plausibel, ist auch das gute Abschneiden von Bewerbern mit vielen Kindern (4 und mehr), das in Windisch wie Birsfelden nachgewiesen werden konnte.

IV. Die gewählten Einwohnerräte

Nachstehend werden einige Daten zu den gewählten Einwohnerräten präsentiert: zunächst Angaben zur Sitzverteilung, dann zum Sozialprofil. Dabei wird die Verteilung der Gewählten für die gleichen Merkmale gegeben wie für alle Kandidaten im Abschnitt II. Im wesentlichen wird dieser Vergleich zwischen Gewählten und Kandidaten die im Abschnitt III durchgeführte Analyse nach den Determinanten des Wahlerfolges bestätigen.

1. Parteien und Parteistärken

Die meisten Parteien und parteiunabhängigen Gruppen, die sich um Mandate bewarben, sind auch in den entsprechenden Einwohnerräten vertreten. In den Baselbieter Gemeinden ging 1971 sogar keine Partei, 1975 lediglich die PdA Allschwil leer aus. Im Aargau kamen 1973 von 113 Gruppen (vgl. Tab. 1) deren 106 zu Mandaten, ohne Erfolg blieben nur das Team Aarau, die PdA Wettingen, die Liberalsozialisten in Windisch sowie zwei parteiunabhängige Gruppen in Aarau und je eine in Wettingen und Wohlen. 1977 holten sich im Aargau von 102 Gruppen deren 98 mindestens einen Sitz, versagt wurde die Vertretung lediglich der NA Baden, der NA/Rep Zofingen sowie den parteiunabhängigen Gruppen in Baden und Obersiggenthal.

Die Tabelle 11 zeigt die Sitzverteilung in den untersuchten Wahlen für die drei grössten Parteien. Weder die FdP noch SP und CVP erreichten in einer Gemeinde die absolute Mehrheit. Diesem Ziel recht nahe (Sitzanteil 40 Prozent und mehr) kamen die FdP in Binningen und die SP in Pratteln (in beiden Amtsperioden) sowie die SP in Münchenstein und Birsfelden (Amtsperiode 1976–1979). Im

Tabelle 11: Einwohnerzahlen nach Parteizugehörigkeit und Geschlecht in Basel-Land (Amtsperioden 1972–1975 und 1976–1979) und im Aargau (Amtsperioden 1974–1977 und 1978–1981)

Gemeinde	FdP		SP		CVP		Übrige		Total		FdP		SP		CVP		Übrige		Total	
	T	w	T	w	T	w	T	w	T	w	T	w	T	w	T	w	T	w	T	w
Amtsperiode 1972–75																				
Allschwil	10	0	11	2	12	2	7	2	40	6	15									
Binningen	19	1	13	3	6	0	2	0	40	4	10									
Birsfelden																				
Liestal	15	2	8	0	4	0	13	3	40	5	13									
Münchenstein	10	0	13	1	8	1	9	4	40	6	15									
Pratteln	10	1	17	1	3	0	10	0	40	2	5									
Reinach	10	1	7	3	12	1	11	0	40	5	13									
Total BL	74	5	69	10	45	4	52	9	240	28	12									
%		7 %		14 %		9 %		18 %												
Amtsperiode 1974–77																				
Aarau	18	1	11	1	7	2	14	3	50	7	14									
Aarburg	11	1	13	2	5	0	11	2	40	5	13									
Baden	11	1	9	2	17	2	13	2	50	7	14									
Brugg	16	1	13	1	9	0	12	1	50	3	6									
Buchs	10	1	11	1	4	0	15	0	40	2	5									
Lenzburg	15	1	12	1	3	0	10	1	40	3	8									
Neuenhof	4	1	10	0	15	2	11	1	40	4	10									
Obersiggenthal	8	2	9	0	15	6	8	3	40	11	28									
Oftringen	10	1	14	1	5	0	21	3	50	5	10									
Spreitenbach	4	0	13	2	9	1	14	2	40	5	13									
Suhr	12	0	11	1	3	1	14	1	40	3	8									
Wettingen	8	0	9	1	19	2	14	0	50	3	6									
Windisch	10	0	11	4	8	0	11	3	40	7	18									
Wohlen	11	0	5	0	17	1	7	2	40	3	8									
Zofingen	14	3	9	0	2	0	15	2	40	5	13									
Total AG	162	13	160	17	138	17	190	26	650	73	11									
%		8 %		11 %		12 %		14 %												

T Total Kandidaten
w davon weiblich
% Anteil weiblich in Prozent

Kräfteverhältnis der drei grössten Parteien widerspiegelt sich in beiden Kantonen in der Folge der beiden Wahlen ein leichter Linksrutsch: Während in der ersten Amtsperiode die FdP vor SP und CVP insgesamt die meisten Einwohnerräte stellt, führt die SP in der zweiten mit deutlichem Vorsprung. Die CVP bleibt beide Male zurück, was jedoch auf die konfessionelle Zusammensetzung in diesen Gemeinden zurückzuführen ist (mehrheitlich katholische Schweizerbevölkerung nur in Baden, Neuenhof, Obersiggenthal, Wettingen, Wohlen).

2. Das Sozialprofil der Gewählten: einige ausgewählte Merkmale

a) Geschlecht

Gemäss Tabelle 11 betrug der Anteil der Frauen unter den Einwohnerräten in den Baselbieter Gemeinden zu Beginn der Amtsperiode 1972–1975 durchschnittlich 12 Prozent, vier Jahre später 15 Prozent. In den aargauischen Gemeinden waren es anfangs 1974 11 Prozent und nach den nächsten Wahlen 12 Prozent. Wie die Analyse im Abschnitt III. gezeigt hat, ist diese schlechtere Vertretung der Frauen unter den Gewählten als unter den Kandidaten (vgl. Tab. 1) auf das Verhalten der Wähler gegenüber den Frauen ihrer bevorzugten Liste zurückzuführen: Von den Wählern der eigenen Partei wurden weibliche Kandidaten bedeutend häufiger gestrichen als kumuliert. – Relativ hohe prozentuale Anteile an Frauen (20 Prozent und mehr) haben nur gerade Obersiggenthal (beide Amtsperioden), Aarau (1978–1981) und Liestal (1976–1979). Nach einzelnen Parteien ergibt sich in den zwei Amtsperioden in beiden Kantonen für die SP die grösste Konstanz, ihr kantonaler Durchschnitt fällt nie unter 11 Prozent. Verhältnismässig am meisten Frauen werden jedoch in allen vier Fällen von der Gruppe der „Übrigen“ gestellt. Dieses Resultat ist vor allem auf die EVP zurückzuführen, bei ihr fällt der Anteil der Frauen nie unter 20 Prozent. In den Baselbieter Gemeinden sind auch beim LdU relativ viele weibliche Einwohnerräte zu finden (1972–1975: 27 Prozent, 1976–1979: 47 Prozent).

b) Alter

In Tabelle 12 wird das durchschnittliche Alter der Einwohnerräte und ihre Verteilung auf Altersgruppen für Windisch (anfangs 1974) und die Baselbieter Gemeinden (anfangs 1976) gegeben. Gemäss den Durchschnittszahlen bestehen eher geringe Differenzen: der niedrigste Wert wird in Reinach mit 40.3 Jahren erreicht, der höchste in Liestal mit 47.0 Jahren. Mit der Ausnahme von Binningen und Liestal stellt die Altersgruppe 40–49 Jahre in allen Gemeinden den grössten Anteil. 20–29jährige sind in Windisch (13 Prozent) und Reinach (15 Prozent) recht gut vertreten, 60jährige und ältere in Binningen (20 Prozent).

c) Neuzuzüger

Gemäss Tabelle 3 (siehe oben) waren die Einwohnerräte von Windisch und Birsfelden zu Beginn ihrer Amtsperioden durchschnittlich seit rund 22 bzw. 24 Jah-

Tabelle 12: Einwohnerrate nach Altersgruppen (massgebender Zeitpunkt: anfangs der Amtsperioden)

Gemeinde	Alter in Jahren										Total	d
	20-29		30-39		40-49		50-59		60+			
	N	%	N	%	N	%	N	%	N	%	N	
Windisch	5	13	11	28	12	30	9	23	3	8	40	42.8
Allschwil	3	8	12	30	14	35	9	23	2	5	40	43.6
Binningen	2	5	14	35	8	20	8	20	8	20	40	46.6
Birsfelden	4	10	6	15	17	43	9	23	4	10	40	45.5
Liestal	4	10	6	15	9	23	20	50	1	3	40	47.0
Münchenstein	3	8	7	18	20	50	7	18	3	8	40	43.8
Pratteln	-	-	11	28	16	40	9	23	4	10	40	45.2
Reinach	6	15	13	33	15	38	6	15	-	-	40	40.3
Total BL	22	8	69	25	99	35	68	24	22	8	280	44.6
d Durchschnitt												

ren ortsansässig. Je rund ein Drittel wohnte sogar seit 30 und mehr Jahren in ihren Gemeinden. Neuzuzüger (0–4 Jahre ortsanwesend) sind in Windisch recht gut vertreten (etwa entsprechend ihrem Anteil an den Stimmberechtigten), in Birsfelden gehören dagegen nur 8 Prozent der Einwohnerräte zu dieser Gruppe.

d) Mieter und Hausbesitzer

Nach Tabelle 4 sind in Windisch rund ein Drittel, in Birsfelden etwa zwei Drittel der Einwohnerräte Mieter. Verglichen mit dem Anteil unter den Kandidaten sind Hausbesitzer im Gemeindeparlament also (noch) besser vertreten. Es wäre nun danach zu fragen, wie sich die relativ geringe Präsenz der Mieter (gemessen am Anteil an den Stimmberechtigten, siehe oben) in der politischen Praxis auswirkt.

e) Soziale Schicht

In Windisch gehören 50 Prozent, in Birsfelden 40 Prozent der Einwohnerräte der Berufsgruppe „gehobene Angestellte und Beamte“ an (Tabelle 5). An der Aufteilung auf die weiteren Berufsgruppen überrascht in Windisch die fehlende Vertretung von „einfachen Angestellten und Beamten“ sowie in beiden Gemeinden die geringe Zahl von selbständigen Gewerbetreibenden. Etwas besser sieht die Bilanz allerdings für alle Selbständigerwerbende (inkl. Unternehmer und freie Berufe) aus: Windisch 6, Birsfelden 5. – Erwartungsgemäss sind Lehrer unter den Einwohnerräten gut vertreten: in Windisch haben ihrer 10, in Birsfelden 6 den Sprung ins Gemeindeparlament geschafft.

Zwei Auszüge aus den Verteilungen nach den beiden anderen Indikatoren der sozialen Schicht (Ausbildung und Einkommen) verdeutlichen, dass Einwohnerräte mehrheitlich oberen sozialen Schichten zuzurechnen sind: In Windisch sind 60 Prozent (N = 24) der Gemeindeparlamentarier Absolventen einer Mittelschule, Hochschule oder höheren Fachschule (Technikum), in Birsfelden sind es 43 Prozent (N = 17). Ein Monatseinkommen von 4 000 Franken und mehr beziehen in Windisch 40 Prozent (N = 16) der Einwohnerräte, in Birsfelden sogar 65 Prozent (N = 26).²⁷

f) Politische Erfahrung

Gemäss Tabelle 6 verfügt in beiden Gemeinden mehr als die Hälfte der gewählten Einwohnerräte bereits über Erfahrungen in Kommissionen und politischen Ämtern (52 Prozent in Windisch, 85 Prozent in Birsfelden). 24 der Birsfelder Gemeindeparlamentarier waren bereits einmal vom Volk in ein politisches Amt gewählt worden, die meisten davon in die Gemeindekommission (siehe oben). Bei den 11 Windischer Einwohnerräten mit Erfahrungen in politischen Ämtern handelt es sich vor allem um ehemalige Mitglieder der Steuer- und Rechnungs-

27 In Windisch wurden die Daten 1974 erhoben, in Birsfelden 1976. Bei einem Einkommensvergleich ist eine erhebliche Inflation von rund 20 Punkten auf dem Landesindex der Konsumentenpreise zu berücksichtigen.

prüfungskommissionen. – Im Vergleich zu den Kandidaten hat sich auch der Anteil der Meinungsführer erhöht, er beträgt unter den Gewählten 58 Prozent (N = 23) in Windisch und 83 Prozent (N = 33) in Birsfelden.

V. Zusammenfassung

In der vorliegenden Arbeit sind am Beispiel der parlamentarisch organisierten Gemeinden in den Kantonen Basel-Land und Aargau verschiedene Aspekte von Gemeindeparlamentswahlen untersucht worden. Im Detail analysiert wurden insbesondere die Wahlen in Windisch 1973 und in Birsfelden 1975. In Kürze können von den Ergebnissen zu den behandelten Themen folgende herausgegriffen werden: Das verwendete Proporzwahlssystem hat zur Folge, dass sich zahlreiche Parteien mit möglichst vielen Kandidaten an den Wahlen beteiligen. Aus der Sicht des Wählers ist ein (zu)grosses Kandidatenangebot vorhanden, die meisten Parteien haben in den Gemeinden der untersuchten Grössenordnung jedoch Mühe, Bewerber in gewünschter Zahl zu rekrutieren. Gefragt sind vor allem weibliche und jugendliche Kandidaten, jedoch häufig nur so lange, bis einige Alibikandidaten gefunden sind. Ansonsten lassen sich die Parteien bei der Kandidatensuche kaum von besonders erwünschten Persönlichkeitsmerkmalen leiten, in erster Linie scheint die Unbescholtenheit möglicher Anwärter wichtig. Wenn die Zusammensetzung der Kandidaten in bezug auf die Vertretung konfliktsschwacher Gruppen betrachtet wird, zeigt sich, dass erwartungsgemäss Frauen, jugendliche und ältere Personen sowie Mieter im Vergleich mit ihren Anteilen an der stimmberechtigten Bevölkerung deutlich untervertreten sind. Auf eine weitere konfliktsschwache Gruppe, die Neuzuzüger, trifft dies nur in einer der beiden hierzu untersuchten Gemeinden zu (in Birsfelden).

Eine Analyse der Determinanten des Wahlerfolges der Kandidaten, zur Hauptsache in den Gemeinden Windisch und Birsfelden durchgeführt, brachte nebst vielen erwarteten Ergebnissen auch einige Überraschungen. Zu erwarten war etwa, dass Bewerber mit Erfahrungen in politischen Ämtern, solche mit sozialem Beruf, aus höheren sozialen Schichten, mit starken Bindungen zu ihren Gemeinden, mit berufsbedingten täglichen Kontakten zur Bevölkerung und Vereinsaktivisten gute Wahlresultate erzielen würden. Schon eher erstaunt, dass Frauen nur von den Wähler derjenigen Partei benachteiligt wurden, auf deren Liste sie kandidierten. Auch Jugendliche haben bessere Wahlchancen als gemeinhin erwartet. Kaum eine Rolle spielt dagegen die Platzierung der Bewerber auf der Liste, sofern es sich nicht um sogenannte Vorzugslisten handelt. Schliesslich sind fleissige Wahlkämpfer und Wirtshausbesucher nicht unbedingt im Vorteil, wohl aber Bewerber mit einer grossen Familie.

Im Lichte der bereits erwähnten Ergebnisse bringt die Zusammenstellung einiger Merkmale der gewählten Einwohnerräte nur wenig neue Informationen. Den meisten an den Wahlen teilnehmenden Gruppen gelang es, Mandate zu erringen. Verglichen mit den entsprechenden Werten unter den Kandidaten sinkt

der Anteil der Frauen, Jugendlichen, Neuzuzüger und Mieter unter den Gewählten. In ihrer Mehrzahl gehören Einwohnerräte überdies gehobenen sozialen Schichten an und verfügen beim Zeitpunkt ihrer Wahl bereits über gewisse politische Erfahrungen.